

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik

Gemäß § 25 Abs. 6 der LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, in den anstehenden Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) die Ziele und Fördermaßnahmen stärker als bisher auf mehr Lebensmittelqualität, Umwelt-, Biodiversitäts-, Tier- und Klimaschutz auszurichten, damit Oberösterreich seinen bisher eingeschlagenen Weg in diese Richtung weiterentwickeln kann.

Zudem unterstützen wir den Vorschlag der EU-Kommission nach einer sinnvollen Kappung und Umverteilung der Agrarfördermittel. Demnach soll ein Betrieb maximal 100.000 Euro öffentliche Mittel mit einer degressiven Ausgestaltung ab 60.000 Euro erhalten.

Begründung

Für die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) ist die politische Reformdebatte zur Erarbeitung der Agrarförderprogramme nach 2020 angelaufen. Die aktuelle GAP setzt sich zusammen aus der ersten Säule, welche die Direktzahlungen an Landwirte sowie die gemeinsame Marktordnung für einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse beinhaltet und aus der zweiten Säule, welche auf die Entwicklung des ländlichen Raums zielt.

Das Programm „Ländliche Entwicklung“ für Österreich beträgt derzeit pro Jahr rd. 1,1 Mrd. Euro, die Hälfte dieser Mittel steuert die EU bei. Den größten Anteil daran nehmen das österreichische Umweltprogramm und die Förderung für den biologischen Anbau sowie die Ausgleichszahlungen für die Bergbauern ein. Aber auch für Bildungsmaßnahmen, ländliche Infrastruktur, erneuerbare Energie, Breitband, soziale Angelegenheiten, Erhaltung des ländlichen Erbes, Dorferneuerung, Schutz vor Naturgefahren, Diversifizierung, Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirte, Investitionen in die landwirtschaftliche

Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung, Forstmaßnahmen, sind entsprechende Fördermaßnahmen im Programm „Ländliche Entwicklung“ vorgesehen. Insgesamt umfasst das Programm ländliche Entwicklung in Österreich 45 unterschiedliche Fördermaßnahmen.

In der bisherigen GAP sind europaweit die Ungleichheiten unter den Beihilfeempfängern groß: 32% der Zahlungen gehen an 1,5% der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Darüber hinaus tragen verschiedene Maßnahmen der GAP indirekt dazu bei, dass in einer ganzen Reihe von Zielländern der europäischen Exporte die Entwicklung einheimischer Märkte extrem erschwert und den dort lebenden Bauern ihre Einkommensgrundlage genommen wird. Die Folge sind Landflucht und Flucht in ökonomisch stabilere Regionen der Erde, zum Beispiel Europa.

Oberösterreich und Österreich haben in der Ausgestaltung der bisherigen nationalen GAP-Programmperioden regelmäßig Schritte in Richtung mehr Lebensmittelqualität, Umwelt-, Biodiversitäts-, Tier- und Klimaschutz gesetzt. Wenn auch die GAP als europäischer Rahmen für die nationalen Programme weitere Signale in diese Richtung setzt, unterstützt dies Oberösterreich und Österreich in seinen Bemühungen nach mehr Nachhaltigkeit im Agrarsektor.

Ziel Oberösterreichs ist die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden, leistungsfähigen, umweltverträglichen, bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft.

Linz, am 28. Jänner 2019

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Kaineder, Böker, Buchmayr, Hirz, Schwarz

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Ecker, Frauscher, Hingsamer, Kirchmayr, Lackner-Strauss, Langer-Weninger, Oberlehner, Pühringer, Raffelsberger, Sigl

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Baldinger, Graf, Gruber, Schießl, Wall

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Krenn, Lindner, Peutlberger-Naderer, Rippl